

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

Oktober 2015

www.kas.de

tionsparteien behaupten, der Regierung sei die Kontrolle entglitten, während in der Regierungskommunikation auf die immensen Herausforderungen hingewiesen wird.

Ungarn hat relativ schnell mit einer eigenen Strategie auf den anschwellenden Flüchtlingsstrom reagiert. Die professionelle und entschlossene Durchführung der Registrierung der Flüchtlinge sowie das Festhalten an der Verpflichtung, die Schengen-Außengrenze zu schützen, werden nicht nur in Ungarn, sondern auch in Deutschland zunehmend mit Zustimmung zur Kenntnis genommen. Auf den unteren Ebenen der öffentlichen Verwaltung in Ungarn stellt die Anzahl und das Vorgehen der Flüchtlinge eine kaum zu schulternde Herausforderung dar. Auch die von der Stadt Budapest schnell eingerichteten provisorischen „Transferzonen“ an den großen Bahnhöfen verdeutlichen die Überforderung staatlicher Stellen mit den ansteigenden Flüchtlingszahlen. Die Ankündigung Deutschlands, das Dubliner Abkommen für syrische Flüchtlinge nicht mehr anzuwenden, ist in Ungarn kaum kommuniziert worden. Im Auffanglager Röszke kam es am 26. August für einige Stunden zu Unruhen, weil sich etwa 200 Flüchtlinge nicht registrieren lassen wollten, da sie diesen Vorgang für zu langsam hielten und sich die Änderung der Umsetzung des Dubliner Abkommens herumsprochen haben soll. Das Vorgehen der Flüchtlinge im Transitland Ungarn läuft fast immer nach demselben Schema ab: Nach dem Passieren der serbisch-ungarischen Grenze werden die meisten Flüchtlinge von der ungarischen Polizei aufgegriffen und dem Registrierungsverfahren unterzogen. Danach dürfen sie sich frei bewegen und binnen kurzer Zeit suchen sie eine Möglichkeit der Weiterreise in Richtung Westen. Obwohl Flüchtlingstransporte, etwa durch Taxifahrer, als Schleuseraktivität behandelt und geahndet werden, scheinen die Migranten einen Weg zu finden, ihrem Ziel näher zu kommen.

Die Wucht der Flüchtlingsflut hat das Land vor große Herausforderungen gestellt. Am Dienstag, den 25. August, überschritten alleine im am meisten betroffenen Komitat Csongrád 2.330 Flüchtlinge die Grenze, tags darauf waren es schon 2.958 (mehr als landesweit im gesamten Jahr 2010). Zwischen Januar und Juli 2015 seien, so das ungarische Innenministerium, 66.788 Asylanträge gestellt worden. In mehr als 54.000 Fällen sei die Prüfung abgebrochen worden, weil die Antragssteller verschwunden seien. Es ist davon auszugehen, dass ein Großteil der Flüchtlinge weiter nach Deutschland gezogen ist. Diese Zahlen verdeutlichen, wie eng das Geschehen an der ungarisch-serbischen Grenze mit der Flüchtlingsfrage in Deutschland verknüpft ist.

USA

Dr. Lars Hänsel (31.08.2015)

Die USA verstehen sich anders als die meisten europäischen Staaten seit ihrer Gründung als Einwanderungsland, das über die Jahrhunderte vielen Menschen Zuflucht gewährt hat und die Chance auf eine bessere Zukunft. Dennoch sind Migration, Immigration und Integration auch in den USA sowohl außen- als auch innenpolitisch aktuelle strittige Themen, auch wenn die Sachlage insbesondere innenpolitisch anders gelagert ist.

Der Hauptunterschied besteht darin, dass es in der Debatte um Immigranten in den USA fast ausschließlich um bereits in den USA lebende illegale Einwanderer geht. Die für Europa besonders charakteristische humanitäre Dimension der Flüchtlingskrise fehlt in den USA meist (abgesehen von ca. 84.000 Kindern, welche 2014 und 2015 über die Grenze von Mexiko in die USA kamen). Gemeinsam ist jedoch, dass das Verhältnis zu Fremden und Integration ein politisch hoch brisantes Thema ist. Der gegenwärtige republikanische "Frontrunner" im Präsidentschaftswahlkampf, Donald Trump, bezieht nicht zuletzt aus einer Abwehrhaltung gegenüber Fremden seine politische Energie. So hat Trump jetzt angekündigt, u.a. die 11 Millionen illegalen Einwanderer ausweisen zu wollen und das Verfassungsrecht auf automatische US-Staatsbürgerschaft für in den USA geborene Kinder zugunsten einer auf Abstammung basierenden Staatsbürgerschaft abzuschaffen. Auch die Frage der Grenzkontrolle spielt eine Rolle, da die Grenze zu Mexiko in weiten Teilen unbefestigt ist.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

Trump will nun die Grenze mit einer gewaltigen Sicherheitsanlage befestigen. - Dennoch können die USA auf eine lange Geschichte erfolgreicher Immigration und Integration zurückblicken. Pro Jahr wandern ca. 1 Million Ausländer (legal) in die USA ein.

Europas Herausforderungen und Zentrifugalkräfte

Es wird auch in den USA sehr genau beobachtet, was sich derzeit in Europa abspielt. Es gibt eine breite Berichterstattung in den Medien. Auch im politischen Washington spielt das Thema eine Rolle. Das Flüchtlingsdrama wird dabei häufig im Kontext der Herausforderungen gesehen, welche die EU gegenwärtig zu bestehen hat. Europa steht nach vielen Beobachtern vor tiefgreifenden Problemen. Dazu gehört neben der Griechenland-Krise, sicherheitspolitischen Herausforderungen etwa im Umgang mit der Ukraine-Krise auch die Frage, wie die EU es schaffen wird, mit dem nicht abbreißenden Flüchtlingsstrom umzugehen. Dabei überwiegt eine skeptische Sicht, ob die EU den Herausforderungen gewachsen ist. Nur so bliebe die EU aus US-Sicht ein starker und relevanter Partner der USA für die Lösung von globalen Aufgaben.

Der bisherige Umgang mit Migration wird häufig als gescheitert betrachtet, nicht zuletzt, weil es keine gemeinsame europäische Politik gibt. So gilt die Migrationspolitik nicht selten auch als Beispiel für die fehlende Kohäsion und dafür, dass ein auf einer gemeinsamen Vision basierendes Handeln in der EU heute schwierig ist. In einem Op-Ed merkte die *LA Times* an, dass die Krise auch unfertige EU-Institutionen offenbare (ähnlich wie beim Euro): mit Schengen sei aus politischen Gründen der freie Personenverkehr in der gesamten EU geschaffen worden, die Last der Grenzsicherung trügen jedoch vornehmlich die einzelnen Grenzstaaten. Die nationalistischen Strömungen in Europa haben für Beobachter ihre Ursache gerade auch in der Migrationsfrage und seien Ausdruck des Bemühens um eine Zurückholung von Migrationsfragen in nationale Autorität. - Der Kolumnist Roger Cohen schrieb in der *New York Times*, die EU sei gefangen zwischen denen, die hinein wollen, denjenigen, welche sie - wie Großbritannien - verlassen wollen und solchen, die sie zerstören wollen. Die Einwanderer seien verzweifelt, die Ausbrecher unzufrieden und die Zerstörer schwenkten ihre Fahnen.

In dem Kontext wurde vom *Wall Street Journal* auch berichtet, dass sich vor allem die osteuropäischen Länder gegen Ideen und Vorgaben aus Brüssel für Quoten wehren. So wolle die Slowakei nur Christen aufnehmen und stelle das westeuropäische Modell des Multikulturalismus in Frage. Dabei wurde ein Aspekt hervorgehoben, der auch bei einigen Beobachtern aus Think Tanks in Washington besonders beobachtet wird: Premierminister Robert Fico hatte gegenüber einer österreichischen Zeitung darauf hingewiesen, dass die Flüchtlingskrise nicht von der Slowakei verursacht worden sei - "Who bombed Libya? Who created the problems in North Africa? Slovakia? No!". In diesem Sinne erkannte Dan Simpson, der frühere US-Botschafter in verschiedenen afrikanischen Staaten, in einer Kolumne selbstkritisch an: für einen Teil der Krise seien die USA verantwortlich.

Deutschlands positive Rolle

Von der Politik wird Deutschland meist als positives Beispiel genannt. Anders als bei der Staatsschuldenkrise gibt es keine Ratschläge, wie sich Deutschland in dieser Krise verhalten solle. Im Gegenteil: die Bundeskanzlerin wird gelobt. US-Präsident Obama würdigte in einem Telefonat mit der Bundeskanzlerin das Engagement Deutschlands. Zuvor hatte bereits Assistant Secretary of State for Population, Refugees, and Migration, Anne C. Richard, Deutschlands Engagement besonders herausgestellt. Gleichzeitig ist damit implizit auch die Erwartung verbunden, dass Deutschland in der Lage ist, nicht nur die Probleme Deutschlands zu lösen, sondern angesichts der führenden Rolle in der EU auch entscheidend zur Lösung der europäischen Probleme beizutragen.

Auch in den Medien wird Deutschland häufig als positives Beispiel in der EU genannt und die anderen Staaten werden aufgerufen, mehr zu tun. Die *New York Times* merkte an, dass insbesondere reichere europäische Länder wie Großbritannien und Frankreich mehr tun können.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

ten bei der Aufnahme von Flüchtlingen, während die armen Länder an der südlichen Peripherie relativ höhere Lasten tragen. Die Bundesregierung, vor allem auch die Bundeskanzlerin, wird in ihrem Engagement auch dort positiv hervorgehoben, wo gleichzeitig von fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Deutschland berichtet wird. Auch der Auftritt Angela Merkels in einer deutschen Fernsehdiskussion und der Dialog mit der jungen Palästinenserin hat hier eine Rolle gespielt. Auch dabei kam die Bundeskanzlerin gut weg: sie habe sich getraut, die Wahrheit auszusprechen, nämlich dass nicht alle nach Europa kommen können. Man könne nicht einerseits Ehrlichkeit von Politikern fordern und es dann bedauern, wenn sie ehrlich sind - so etwa Esther J. Cepeda in den *Mercury News*. Die Bundeskanzlerin genießt so auch in der Migrationsfrage Sympathien.

Migration als transatlantische Aufgabe

Sowohl die USA als auch Europa seien heute für viele attraktiv, weil die Gesellschaft auf beiden Seiten es immer wieder geschafft habe, Neues zu integrieren und damit zu bereichern, schreibt Jackson Janes in seinem Blog auf der AICGS-Webseite. Er ruft nun dazu auf, diese Migrationskrise für einen neuen, gemeinsamen transatlantischen Ansatz zur Bekämpfung der Krisenherde als Ursachen für die Flüchtlingskrise zu nutzen und die Migration gemeinsam zu gestalten.